

## Haushalt unter Druck

Die Stadt Reutlingen muss 16 Millionen Euro im Jahr 2021 einsparen, 21 Millionen im Folgejahr. Zwischen den Gemeinderatsfraktionen gab es ein langes Ringen um einen gemeinsamen Kompromiss, vor allem um die Höhe der von der Verwaltung vorgeschlagenen Steuererhöhungen. Statt sich auf moderate Steuererhöhungen einzulassen, setzten die konservativen Fraktionen – einschließlich der rechtsradikalen AfD – durch, dass die fehlenden Mittel durch einen kräftigen Griff ins GWG-Vermögen gedeckt werden sollen. „Mit 38 Millionen Euro soll die Reutlinger Wohnungsgesellschaft in den nächsten zwei Jahren den leeren städtischen Haushalt quer finanzieren. Geld, das dem Wohnungsmarkt entzogen und in einem Einmaleffekt verbrannt wird“, sagt Reutlingens Oberbürgermeister Thomas Keck. Laut einer aktuellen Studie müssen 52% aller Mieterhaushalte in Reutlingen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete abdrücken, es fehlen 5.000 Mietwohnungen (GEA 16.06.2021).

Von Rüdiger Weckmann, Stadtrat LINKE LISTE



Der Gemeinderat wird gezwungen, eine Sparpolitik mitzumachen, die nicht notwendig wäre, schaut man sich die Vermögens- und Einkommensentwicklung in der Welt und in Deutschland an.

2020 war für die Hochvermögenden das finanziell erfolgreichste Jahr in der Menschheitsgeschichte. Während die Wirtschaft eingebrochen ist, haben in der Pandemie die 2.700 Milliardäre weltweit ihr Vermögen um 60% gesteigert. Allein die 119 Milliardäre in Deutschland haben trotz Krise rund

100 Milliarden Dollar mehr auf ihren Konten als im März 2019. Der Eigentümer der Supermarktkette Lidl konnte sein Vermögen von 22 auf 36 Milliarden Dollar steigern. Im Jahr 2019 haben 40 Personen 9,4 Milliarden Euro geerbt bzw. geschenkt bekommen, aber nur 170 Millionen Euro Steuern gezahlt.

Die Corona-Krise könnte unterm Strich rund 1,5 Billionen Euro kosten. Wer bezahlt die Rechnung?

...bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

### In diesem Heft:

- Erfolgreich besetzt **Fanclub Kollektives Eigenheim** Seite 2
- Erfolgreich gekämpft **LINKS wirkt!** Seite 3
- Neubau Landratsamt **LINKE spart dem Kreis 40 Mio. Euro** Seite 4
- franz.K **echaz.Hafen eröffnet** Seite 5
- Mehr Gerechtigkeit **Wie steht DIE LINKE zur Corona-Politik?** Seite 6
- Trotz Pandemie **Milliarden an Überstunden** Seite 7
- Wer bezahlt die Krise? **Unsere Vorschläge** Seite 7
- Gesundheitswesen **Nach Corona die Krankenhäuser anders finanzieren** Seite 8
- Steine, Sand und Kies **Kinderarbeit, Klimakiller und Naturzerstörung** Seite 10
- Langzeitarbeitslosigkeit **Bundesregierung scheitert an eigenen Ansprüchen** Seite 11
- Über uns **Links in Reutlingen, Termine, Kontakte, Impressum** Seite 12

Fortsetzung von Seite 1

Unsere Antwort lautet: Eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre, eine dauerhafte Vermögenssteuer und höhere Erbschaftssteuern auf große Vermögen.

Es geht dabei nicht um die Eigenheimbesitzer oder um die kleinen und mittelständischen Betriebe, es geht um die reichsten 0,7 Prozent, um die Bezieher von leistungslosem Mega-Einkommen, die ihre Milliarden in Steueroasen parken, während hart arbeitende Menschen auf ihre Löhne hohe Abgaben und Steuern zahlen müssen. Mit der stärkeren Besteuerung der Reichen könnte die Bundesregierung mit einem zweiten Rettungsschirm die Kommunen entlasten.

Doch auch auf kommunaler Ebene gilt es, die Belastungen gerecht zu verteilen. Unternehmen, die Gewinne machen – nur diese führen Gewerbesteuer ab – könnten einen höheren Beitrag leisten. Die LINKE LISTE im Gemeinderat hatte eine Anhebung des Gewerbesteuersatzes um 40 Punkte beantragt. Das sind bei 100.000 Euro Jahresgewinn gerade mal 1000 Euro mehr. Im Interesse einer Einigung stimmte die LINKE LISTE gemeinsam mit den Grünen und Unabhängigen und der SPD für die von der Verwaltung vorgeschlagene Anhebung um 30 Punkte. Das ergäbe 800 Euro mehr Steuern im Jahr bei einem Gewinn von 100.000 Euro. Durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer hätte diese Erhöhung

Unternehmen keine Mehrbelastung zur Folge. Nicht nur wegen den geringen Gewerbesteuereinnahmen hat Reutlingen ein Einnahmeproblem, sondern auch wegen eines der im Städtevergleich niedrigsten Grundsteuersatzes. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Grundsteuererhöhung ist zumutbar. Menschen mit geringem Einkommen, die in der Regel in Mehrfamilienhäusern leben, müssten monatlich lediglich 3 Euro mehr bezahlen.

Die im Haushaltsentwurf vorgesehe-

steuererhöhungen ausgesprochen haben, könnten einige von ihnen aus den Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen mit zusätzlichen Aufträgen aus der Stadtverwaltung rechnen. Reutlingen darf sich nicht durch ein Einnahmenproblem kaputtsparen. Die Empfänger sogenannter freiwilliger Leistungen im kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich haben mit eingefrorenen oder reduzierten Mitteln das Problem, die Tarifierhöhungen für ihre Beschäftigten nicht bezahlen zu können. Immerhin konnte DIE LINKE

im Gemeinderat erreichen, dass das Essens-Angebot im S-Haus für die Ärmsten in dieser Stadt durch zusätzliche Haushaltsmittel nicht ganz eingestellt werden muss.

Verschärft durch die Pandemie erlebt Reutlingen ein Ladensterben in der Innenstadt. Hier braucht es neue Konzepte. Die Verwaltung ist an dem Thema dran. Unter anderem durch Maßnahmen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Stadt, angefangen mit der Marktplatzgestaltung

oder mit der Umsetzung der Pläne um die alte Paketpost.

Zu all dem kommen die Herausforderungen der Wohnungs- und Verkehrspolitik und nicht zuletzt des Klimawandels hinzu. Das alles kostet Geld. DIE LINKE sagt: die Stadt muss hier unternehmerisch denken! Denn wer in diese Zukunftsaufgaben nicht investiert, steuert auf eine Abwärtsspirale zu. Das kann niemand wollen. Insofern vertritt DIE LINKE mit ihren Forderungen die Interessen aller Bevölkerungsgruppen in Reutlingen.



Sanierungsfall Rathaus mit geschätzten Sanierungskosten von bis zu € 105 Mio.

nen Investitionen von rund 50 Mio. Euro dienen im Wesentlichen dem Substanzerhalt bestehender Infrastruktur sowie der Erfüllung von Pflichtaufgaben, wie zum Beispiel Schul-Renovierungen und -erweiterungen, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen oder notwendige Straßensanierungen. Vorhaben, die Investitionen erfordern, aber noch nicht beschlossen sind, werden leider auf die lange Bank geschoben. Während sich die örtlichen Unternehmer mehrheitlich gegen Gewerbe-



# Fanclub Kollektives Eigenheim

Im Mai 2019 besetzte die sich damals noch „die Crew“ nennende Gruppe aus ca. 15 Personen die Kaiserstraße 39 in Reutlingen. Das Gebäude stand seit Jahren leer und wurde durch die Besetzung wieder bewohnbar gemacht. Die Besetzung endete nach 4 Wochen und viel öffentlichem Interesse mit der Zusage, dass das gesamte Areal aus Vorder- und ebenso leerstehendem Hinterhaus im Konzeptverfahren ausgeschrieben wird. Nun, fast 2 Jahre später, konnte die sich mittlerweile als Fanclub Kollektives Eigenheim bezeichnende Gruppe sich mit Ihrem Plan eines Mietshäuser-Syndikat-Projekts durchsetzen und so die Ausschreibung gewinnen. *Von Timo Wiedmann*



Mitglieder von FCKEigenheim  
und Oberbürgermeister Keck präsentieren die gemeinsam erarbeiteten Pläne

Auf dem Grundstück sollen nun zwei Gebäude mit Wohnraum für bis zu 25 Personen und Mieten bis zu 30% unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete entstehen. Unterschiedliche Lebensrealitäten sollen dabei barrierefrei und gleichberechtigt verbunden werden. Gemeinschaftliches Wohnen in WGs oder eigenen Wohnungen mit Stadtteilzentrum soll die Menschen auch im Alltag unkommerziell und solidarisch zusammenbringen und der Vereinsamung in unserer Leistungsgesellschaft entgegenwirken.

Das „Syndikatsmodell“ sieht vor, dass sich das gesamte Projekt inkl. Grundstück und Gebäuden ausschließlich im Eigentum derer befindet, die gerade darin wohnen. Dafür setzt es in der Finanzierung nicht auf große Investoren, sondern auf die Unterstützung vieler privater Personen, Vereine oder Unternehmen mit kleinen Nachrangdarlehen. Zwar werden diese sogenannten „Direktkredite“ mit bis zu 1,00% verzinst, jedoch ergeben sich daraus weder Mitbestimmungs- oder Eigentumsrechte noch Spekulationsmöglichkeiten. Ein Verkauf des Hauses

und damit die Rückführung auf den Immobilienmarkt ist durch ein Veto-recht des Mietshäuser Syndikats ausgeschlossen. Der Wohnraum ist dauerhaft dem Markt entzogen und dient einzig dem Zweck des guten und günstigen Wohnens.

Die Bewohner:innen verwalten sich und ihr Projekt in einem basisdemokratischen Rahmen selbst.

Das Mietshäuser Syndikat blickt mittlerweile auf über 160 erfolgreich umgesetzte Projekte und ein Investitionsvolumen von mehr als 250.000.000 € zurück. Damit auch für Reutlingen eine Transformation des Immobilienmarktes hin zu solidarischen und nachhaltigen Wohnformen eingeläutet werden kann, ist der Fanclub auf Ihre Unterstützung angewiesen. Bereits ab 500 € ist es möglich, in das Projekt K39 zu investieren. Insgesamt werden ca. 900.000 € benötigt. Davon sind bereits 13% eingeworben. Wenn Sie Interesse an einem Direktkredit oder einer Spende haben, dann besuchen Sie die Website des Projekts: [fckeigenheim.de](http://fckeigenheim.de)

## LINKS wirkt!

Auch als derzeit kleinste politische Kraft in Gemeinderat und Kreistag gelingt es uns, mit konstruktiven Vorschlägen Mehrheiten zu gewinnen und Diskussionen anzuregen.

- Wir machen weiter Druck auf die Behandlung des Antrags für eine autofreie Altstadt. Die Pandemie hat das Ladensterben und die Probleme der Gastronomie verstärkt. Umso mehr drängt hier die Umsetzung, damit sich die Attraktivität der Altstadt erhöht.
- Unser Vorstoß zu einer Neuausrichtung der GWG, um den Anteil der Sozialwohnungen zu erhöhen, wird inzwischen auch von der Fraktion der Grünen und Unabhängigen unterstützt und die GWG hat einen Experten beauftragt, der sich mit der Umsetzung des Konzepts befasst (Fortsetzung folgt).
- Wir haben ein Zweckentfremdungsverbot leerstehender Wohnungen und Häuser sowie eine Bauverpflichtung geeigneter Grundstücke beantragt. Das soll helfen, die fehlenden 5.000 Wohnungen zu adäquaten Preisen auf den Markt zu bringen, gerade jetzt, wo der GWG Mittel entzogen wurden (vgl. hierzu Artikel auf Seite 1)
- Wir konnten durchsetzen, dass mit einem Zuschuss für das S-Haus die Ärmsten in dieser Stadt auch weiterhin ihr kostenloses Mittagessen bekommen können.
- Wir haben uns stark gemacht für die Förderung in Höhe von 50.000 Euro des franz.K für seine Freilichtbühne .

# Neubau Landratsamt: LINKE spart dem Kreis 40 Millionen Euro!

Bekanntlich finden sich die einzelnen Ämter des Landkreises Reutlingen außer im altherwürdigen Hauptgebäude in der Bismarckstraße 47 seit langen Jahren verstreut auf über zwanzig verschiedene Gebäude der Innenstadt. Für eine Erweiterung samt Neubau der Landkreisbehörden hatte die Stadt Reutlingen deshalb schon vor 30 Jahren das damalige Heintzmann-Areal/heutige „Planie 22“ erworben - zuletzt aber an private Investoren verhöckert, ohne dass dem Landkreis hierfür wenigstens ein anderweitiges sinnvoll gelegenes Ersatzgelände angeboten worden wäre.

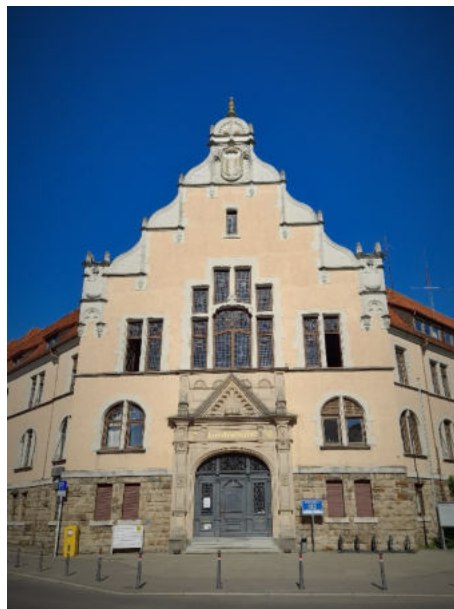
*Von Petra Braun-Seitz und Thomas Ziegler, Sprecher Fraktion DIE LINKE im Kreistag des Landkreises Reutlingen*

Seit längerem steht der Kreistag deshalb in Beratung, wie der Bezug eines neuen Landratsamtes samt darin wieder gebündelter Verwaltung realisiert werden könnten.

Sowohl die von Bürgermeistern dominierten großen Fraktionen als auch der ihnen hörige Landrat setzten dabei ausschließlich auf eine Miet-, allenfalls eine Mietkauf-Option, da für den Kauf eines eigenen Grundstücks samt Bau eines eigenen Gebäudes angeblich keineswegs Kreis-Gelder zur Verfügung stünden.

Diese Haltung aller anderen politischen Kräfte des Kreistags ist einzig durch uns Linken-Räte im Kreistag von Anfang an scharf angegriffen worden. Vor allem beim „Zieleinlauf“ zur Entscheidung im vergangenen Jahr konnten wir in den Medien öffentlichkeitswirksam herausarbeiten, dass die Erlöse - die der Landkreis für den Verkauf seiner Altimmobilien erzielen dürfte - die Miete für den Bezug eines angemieteten Neubaus bestenfalls für grob zehn Jahre decken würde. Welcher Hauseigentümer würde sein Anwesen, welcher Bürgermeister schon sein Rathaus verkaufen, nur um sich anderswo einzumieten? Genau: durch das beabsichtigte Mietmodell hätte sich der Landkreis nahezu um sein gesamtes Immobilienvermögen gebracht (öffentliche Gelder, wohlgemerkt!) - das dann in Form von Miete in wenigen Jahren rückstandsfrei in den Taschen privater Baulöwen verschwunden wäre...

In den Ausschreibungswettbewerb konnte auf unerbittliches Insistieren unserer Linken-Fraktion dann doch noch die Möglichkeit eines eigenen Kaufs des neuen Landratsamts-Gebäudes eingebracht werden. Und siehe da - die Wettbewerbsergebnisse auf März dieses Jahres erbrachten: der Kauf des insgesamt rund € 160 Mio. teuren Neubaus erweist sich als



*Landratsamt Reutlingen, Bismarckstraße*

gegenüber einer Anmietung unter dem Strich um jährlich € 1,3 Mio. günstiger, betrachtet über einen Zeitraum von 30 Jahren somit um insgesamt € 40 Mio. preiswerter als Miete! Außerdem: der Neubau verfügt auch nach 30 Jahren noch über einen nicht unbeträchtlichen Restwert, vom weiterhin Eigentum des Kreises am Grundstück ganz zu schweigen.

Wir Linken-Kreisräte konnten uns nur die Augen reiben, wie plötzlich sowohl der Landrat als auch sämtliche Kreistags-Fraktionen sich jetzt auf einmal genau jener Kaufoption anschlossen, für die zuvor auf weiter Flur allein wir Linken eingetreten waren! Das nächste Wunder folgte auf dem Fuße: Jetzt plötzlich vermag der Landkreis auch seine eigene Finanzierung dieses Neubaus zu stemmen - für dieses Jahr ganz einfach ein Nachtrags-Haushalt, für künftig neben etwas geringerer Schuldentilgung eben etwas (zinsgünstige!) Kreditaufnahme... Nota bene: noch im Dezember vergangenen Jahres meinte die Kreistags-Mehrheit, unseren linken Haushalts-Antrag auf eine Neubau-Kauf-Rücklage in Höhe € acht Mio. als überhaupt nicht notwendig schlicht durchfallen lassen zu dürfen!

Die durch den Bauträger projektierte Kubatur des künftigen Landratsamtes als zwei in einander verschlungene Dreiecke mit Innenhöfen auf dem dreieckigen früheren Max-Moritz-Areal am Stadteingang von Metzingen her findet unsere Unterstützung; allein die vorgesehene türkisblaue Backsteinverkleidung wirkt etwas verspielt orientalisches. Immerhin wird das künftige Landratsamt aber aus allen Richtungen ausgesprochen günstig erreichbar sein - nicht zuletzt per Bus sowie vom nahe gelegenen Hauptbahnhof her.



# echaz.Hafen eröffnet

Am 26. Juni war es soweit. Der echaz.Hafen wurde in Anwesenheit von OB Keck und einigen Kreis- und Stadträten eingeweiht. Nach einem langen totalen Kultur-Lockdown entstand hier ein attraktives Open-Air-Gelände in zentraler Lage. Das dies nur mit einem erheblichen Engagement der Haupt- und Ehrenamtlichen im franz.K-Umfeld, mit vielen Privatspenden und mit dem städtischen Zuschuss von 50.000 € möglich war, wurde in den Reden dargestellt. Welche Hürden und politischen Widerstände zu überwinden waren, machte der franz.K-Geschäftsführer Andreas Roth in seiner Rede deutlich, die wir in Auszügen und mit seiner freundlichen Genehmigung hier veröffentlichen.

„Für den heutigen Tag haben wir zwei Anlässe, die beide beim nun Folgenden vorkommen sollen. Einerseits unsere aus dem Januar verschobene alljährliche very Nice People Party, auf der natürlich immer franz.K-Themen eine wichtige Rolle spielen und andererseits die offizielle Eröffnung des echaz.Hafens, der zweiten open-air-Spielstätte der Stadt Reutlingen neben dem altherwürdigen Naturtheater im Wasenwald.

By the way: Es lassen sich hier durchaus geschichtliche Parallelen ziehen: Der Wasenwald begann vor mehr als 100 Jahren als Kulturstätte der Arbeiterbewegung, der echaz.Hafen heute ist so etwas wie die Kulturstätte der aktiven Zivilgesellschaft. Einer Zivilgesellschaft, der es neben Kunst und Kultur um Solidarität und Entfaltungsmöglichkeiten Vieler geht – und damit um Ähnliches wie damals den Gründer\*innen des Naturtheaters.

Wir hatten unsere Finanzierung bewusst auf 3 Säulen aufgebaut: Die Beiträge aus der Zivilgesellschaft, also von Kulturinteressierten in Form von Spenden und Darlehen, die Eigeninitiative des franz.K samt Eigenmitteln sowie ein Beitrag des Gemeinwesens, also aus dem städtischen Etat. Dass ein Beitrag des Gemeinwesens nun mit Ach und Krach und mit der Hälfte des Beantragten gerade noch gelungen ist, als ehrlich gesagt von uns schon niemand mehr damit gerechnet hatte, muss doch nachdenklich stimmen.

Der echaz.Hafen ist kein Privatvergnügen des franz.K, er ist städtische Infrastruktur, die von Vielen genutzt werden kann.

So haben wir unseren Ansatz, hier eine Spielstätte und nicht nur ein nacktes Gelände zu schaffen, immer begründet. Das alles schien uns in der alles überlagernden Auseinandersetzung, ob gute Gewinne bei strukturellen und aktuellen Haushaltsproblemen etwas stärker besteuert werden dürfen oder nicht, keine Rolle mehr zu

es dazu geführt, dass wir in dieser Haushaltsrunde nichts mehr erwartet haben. Bei aller Freude darüber, dass sich unsere Befürchtung nicht bewahrheitet hat, bleibt deshalb doch auch ein schaler Beigeschmack.

Dazu zählt auch, dass es demokratische Fraktionen im Gemeinderat gab,



Aufbau der Bühne durch die Zimmerei "Das Syndikat" am 05.07.2021 [Foto: R. Weckmann]

spielen. Wir finden es ein bedenkliches Zeichen, wenn die Starken ihre Solidarität in schwierigen Zeiten schlicht verweigern oder wenn angenommen wird, man dürfe ihre Solidarität gar nicht erst in Anspruch nehmen.

Gerade wenn man sieht, dass unsere Stadt und Region eigentlich wirtschaftlich stark und von der Infrastruktur her nicht schlecht aufgestellt ist und es offensichtlich trotzdem enorm schwierig zu sein scheint, das Gemeinwesen/die Infrastruktur ausreichend und gerecht zu finanzieren. So etwas kann und wird Politikverdrossenheit hervorrufen und bei uns hat

die das Gespräch verweigert haben und sich noch nicht einmal telefonisch mit uns über unser Projekt unterhalten wollten, obwohl es eine gewisse Relevanz für ganz Reutlingen hat.

Dazu gehörte unter anderem die WIR-Fraktion, in deren Haushaltsrede zudem zu lesen ist, dass 16 Jahre Hauptaugenmerk auf Kunst und Kultur mehrheitlich die Verantwortung dafür trügen, dass die Gewerbesteuerentnahmen stark unterdurchschnittlich seien. Und dass – man könnte hinzufügen: stattdessen - Wasserspiele und Blumenschmuck für die Attraktivität der Stadt Reutlingen von großem Be-

lang seien. Das sind eindeutige Statements, aber aus unserer Sicht sind sie im wahrsten Sinne des Wortes billig.

Wir hören hier aber auch einen Zungenschlag heraus, der uns an die Kraft im Reutlinger Gemeinderat erinnert, die sich für das Volk hält, und damit behauptet, die Stadtgesellschaft wäre ein Ressentiment geladener Mob. Der leicht gegen Kultur und Kunst und al-

les, was man im Nazisprech als elitär oder globalistisch verklären kann, mobilisiert werden kann. Solche Demagogie werden wir niemals einfach hin- oder auf die leichte Schulter nehmen. Und sie wird auch in der Breite nicht verfangen.

Dass die 3 letztgenannten blaubraunen Räte die Kürzung unserer Zuschüsse auf die Hälfte und damit das

Aus für das franz.K beantragt haben, passt hier natürlich ins Bild. Wir werden diesen Feind nicht unterschätzen. Und wir werden uns weiterhin aktiv daran beteiligen, der von diesen Herren angestrebten Mobilisierung niedriger Instinkte den Ausbau von Demokratie und Solidarität entgegen zu setzen und den Spielraum für ihre anti-demokratische Agenda so weit wie möglich einzuengen.“

## Wie steht DIE LINKE zur Corona-Politik?

Unser auf Profit getrimmtes Gesundheitssystem und die herunter gesparte öffentliche Verwaltung scheitern an Corona. Die Maßnahmen der Bundesregierung sind ungenügend und haben eine krasse Schieflage. Viele Menschen sind gestorben und schwer erkrankt. Noch mehr sind in sozialer Not. Grundrechte wurden eingeschränkt, während viele Konzerne machen konnten was sie wollten - und mit Steuergeldern überschüttet wurden. Das zeigt: Den Kampf gegen das Virus dürfen wir nicht dem Markt überlassen.

Die Illusion, "wir" seien gut durch die Corona-Pandemie gekommen, ist verpufft. Vor allem Menschen in Heimen, Sammelunterkünften und viele, die in Pflege und Gesundheit arbeiten, sind

betroffen. Die Bundesregierung hat den Markt machen lassen. Weder hat sie ausreichend in Luftfilter und digitale Ausstattung der Schulen investiert, noch die Produktion von Schutzmasken oder Impfstoffen organisiert. Sie hat kein Notprogramm für Pflegekräfte aufgelegt, um Berufsaussteiger zurückzuholen - dabei haben über hunderttausend Beschäftigte ihren Beruf erschöpft verlassen. Sie hat Unternehmen, wie Tönnies, nicht zu einem konsequenten Infektionsschutz gezwungen, aber Menschen in Parks gängelt. Viele Soloselbstständige, Familien und Menschen mit niedrigen Einkommen und in engen Wohnungen wurden allein gelassen.

Der schnellste Weg, die gesundheitliche Gefährdung endlich zu senken ist die Unterbrechung der Infektionsket-

ten und die Beschleunigung der Impfungen weltweit. Das geht nur, wenn die Patente freigegeben werden, damit auch in den ärmeren Ländern geimpft werden kann.

Unsere wichtigsten Forderungen zur Corona-Politik:

- Kurzarbeitergeld rauf auf 90%
- 500 Euro Pandemiezuschlag für alle systemrelevanten Berufe
- Hartz IV und Grundsicherung im Alter um 100 Euro erhöhen
- 200.000 zusätzliche Pflegekräfte
- Einmalige Vermögensabgabe ab 2 Mio. Euro



# Milliarden an Überstunden – trotz Pandemie!

Jahr für Jahr leisten Beschäftigte Milliarden an Überstunden. Und Jahr für Jahr bleibt rund die Hälfte davon unbezahlt. Daran hat sich selbst im Pandemiejahr 2020 wenig geändert.

Von Jessica Tatti (MdB)



Jessica Tatti bei einer Rede im Deutschen Bundestag

Stress, Arbeitshetze und Überlastung bestimmen den Arbeitsalltag vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Viele haben schlichtweg mehr Arbeit auf dem Tisch, als sie in der vertraglichen Arbeitszeit schaffen können. In einer repräsentativen Befragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) gaben über 80% Prozent der Beschäftigten als ein Grund für ihre Überstunden an, die Arbeit in der regulären Arbeitszeit nicht zu schaffen. So leisten die Beschäftigten jährlich Milliarden an Überstunden, um die Arbeitsmenge zu bewältigen. Auch das Pandemiejahr 2020 hat an dieser untragbaren Situation wenig geändert: 1,67 Milliarden Überstunden leisteten Beschäftigte in Deutschland in 2020 – trotz Pandemie. Zwar ging diese Zahl im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück; betrachtet man aber den Anteil der Überstunden an allen Arbeitsstunden, macht dieser leichte Rückgang gerade mal 0,3 Prozentpunkte aus. Auffällig ist, dass vor allem die bezahlten Überstunden zurückgegangen sind, weniger die unbezahlten.

Jahr für Jahr bleibt rund die Hälfte der Überstunden unbezahlt, 2020 sogar

mehr als die Hälfte – rund 900 Milliarden Stunden geleisteter Arbeit. Für die Unternehmen zahlt es sich aus, wenn Beschäftigte Überstunden zum Nulltarif machen: Allein 2020 sparten sie so rund 33 Milliarden Euro an Lohnkosten. Die gesamten Überstunden würden rechnerisch ausreichen, um mehr als eine Million Vollzeitstellen zu schaffen. Doch anstatt ausreichend Personal einzustellen, bereichern sich viele Arbeitgeber auf Kosten der Beschäftigten. Das ist Lohn-diebstahl! Der Missbrauch von Überstunden muss ein Ende haben. Es kann nicht sein, dass die einen bis zum Umfallen schufteten, während andere in unfreiwilliger Teilzeit feststecken oder keine Arbeit finden. Wenn die Beschäftigten das Arbeitspensum in der vertraglichen Arbeitszeit dauerhaft nicht bewältigen können, muss mehr Personal eingestellt werden. DIE LINKE fordert daher die Absenkung der wöchentlichen Höchst Arbeitszeit, um ausufernden Überstunden ein Ende zu setzen. Zudem muss die Bundesregierung die vom Europäischen Gerichtshof geforderte Aufzeichnungspflicht jeder geleisteten Arbeitsstunde endlich verpflichtend umsetzen. Arbeitszeiten gehören vollständig erfasst und entlohnt!

## Wer bezahlt die Krise? Unsere Vorschläge:

Warum wir eine Vermögenssteuer und eine Vermögensabgabe fordern? Ganz einfach: An den Vermögen der Reichen ist die Pandemie unbemerkt vorbeigezogen. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter aufgegangen. Eine neue Studie zeigt jetzt: Rund 56 Millionen Menschen weltweit besaßen Ende letzten Jahres mehr als 1 Mio. Dollar, 5,2 Millionen mehr als noch im Jahr zuvor. Vor allem in den USA und Deutschland ist die Zahl der Millionäre gewachsen.

Fast 22 Millionen leben in den USA, im vergangenen Jahr sind 1,7 Millionen hinzugekommen. Deutschland zählt 2,95 Millionen Millionäre, 633.000 mehr als vor der Pandemie. Im Jahr der Corona-Pandemie ist das weltweite Vermögen privater Haushalte trotz Wirtschaftskrise insgesamt um 7,4 Prozent auf 418 Billionen Dollar gestiegen, hat die Schweizer Bank Credit Suisse in ihrem „Global Wealth Report 2021“ berechnet. Das entspricht einem Plus von 28,7 Billionen Dollar.

- DIE LINKE will eine Vermögenssteuer für Vermögen oberhalb von 1 Mio. Euro. Sie beginnt bei 1 Prozent und steigt bis auf 5 Prozent ab 50 Mio. Euro im Jahr. Die Steuer wird jedes Jahr fällig..
- DIE LINKE will eine einmalige Vermögensabgabe erheben. Die Vermögensabgabe wird auf Nettovermögen über 2 Millionen Euro (bei Betriebsvermögen 5 Millionen Euro) erhoben. Wer mehr Vermögen hat, muss mehr abgeben: Die Vermögensabgabe ist von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über zwanzig Jahre in Raten gezahlt werden. Die jährliche Belastung des Nettovermögens beträgt somit zwischen 0,1 und 1,5 Prozent. Die geschätzten Einnahmen liegen bei 310 Milliarden Euro über zwanzig Jahre



# Nach Corona die Krankenhäuser anders finanzieren

Die Corona-Pandemie hat Gesundheitswesen und Krankenhäuser in Deutschland völlig durcheinandergewirbelt. Zunächst fehlten Schutzausrüstungen und Masken, dann drohte eine Überlastung der Intensivstationen und ein Mangel an Beatmungsgeräten, planbare Operationen und Behandlungen wurden abgesagt oder verschoben. Der Ausbau von Behandlungskapazitäten scheiterte meist nicht am Geld oder an den technischen Möglichkeiten, sondern an fehlendem Personal vor allem in der Pflege. Das war in ganz Deutschland so und auch in den Kreiskrankenhäusern Reutlingen.

Von Günter Busch

Das bestehende Finanzierungssystem der Krankenhäuser über leistungsbezogene Fallpauschalen versagte vor diesen Herausforderungen. Vorratshaltungen, bewusst freigehaltene Betten und Behandlungskapazitäten, eine geplante Unterauslastung, um eine spätere Überlastung zu vermeiden, Aufbau von Reserven, all dies ist systemimmanent unvereinbar mit einem Finanzierungssystem, bei dem Geld nur aus erbrachten Leistungen folgt. Wo in der Pandemie Zusammenarbeit mit anderen Krankenhäusern gefragt ist, steht dem die vorhandene Konkurrenz um mehr Fälle und eine gewünschte Mengenausweitung in jedem einzelnen Krankenhaus entgegen.

Die Klinikfinanzierung ist nicht erst seit Corona in die Kritik geraten, die grundsätzlichen Konstruktionsmängel des Systems sind jetzt nur besonders sichtbar. Eine grundsätzliche Umsteuerung ist überfällig. Die meisten Gesundheitswissenschaftler wollen Änderungen im bestehenden DRG-System.

Eine Minderheitensicht orientiert sich an gesundheitlichen Bedarfen der Bevölkerung und nicht an einer ökonomisch determinierten Verwertung von Krankheitsfällen (Krankenhaus statt Fabrik, Maintal, April 2020).

Die stationäre Gesundheitsversorgung soll wieder zu einem öffentlichen Gut werden. Humandienstleistungen und Care-Arbeit werden zumeist von Frauen erbracht, sind unterfinanziert, personell ausgeblutet und gesellschaftlich ungenügend anerkannt. Die finanzielle Aufwertung dieser systemrelevanten Tätigkeiten ist eine entscheidende Bedingung dafür, dass diese wachsenden Bereiche zu Beschäftigungsalternativen für all jene werden können, die in den kohlenstoffbasierten Branchen ihren Job verlieren werden.



Nach Corona wird es eine Veränderung in der Krankenhausfinanzierung geben. Ob mit noch mehr Markt auf der Grundlage des bisherigen DRG-Systems oder einem Aufbau von bedarfsgesteuerten Systemen, ist politisch offen.

## Das DRG-System in Corona Zeiten

Schon zu Beginn der Pandemie war klar, dass auf die Akutkrankenhäuser große Herausforderungen zukommen würden. Kurzzeitig wurde in Deutschland überlegt, die leistungsbezogene Vergütung für die Zeit der Pandemie zu ersetzen durch eine Bezahlung der den Krankenhäusern entstehenden Ist-Kosten. Die DRG sollten befristet umgestellt werden auf Selbstkostendeckung. Diesen Plan wollte Jens Spahn nicht. Die möglichen Finanzbedarfe wären nicht absehbar und nicht kontrollierbar. Mehr noch wollte man eine Diskussion vermeiden, nach der Pandemie die vorübergehende Selbstkostendeckung einfach weiterzuführen.

Stattdessen verständigte man sich auf ein Vorgehen, bei dem jeweils kurzfristig über

zusätzliche und veränderte Finanzierungen befunden werden sollte.

Das begann mit der Beschaffung von Schutzausrüstungen. Bevorratungen für Epidemien und Großschadensereignisse sind im DRG-System nicht vorgesehen.

Dann fehlten genügend freie Betten. Nicht belegte Betten sind für die Krankenhäuser totes Kapital, zu hohe Fixkosten werden über die DRG nicht refinanziert.

Betten durch die Verschiebung planbarer Eingriffe freizubekommen, kam für die Häuser nicht in Frage. Bei dem Finanzierungsgrundsatz „Geld folgt Leistung“ hätte das zu unmittelbaren Erlösminderungen und Gewinneinbrüchen geführt.

Stattdessen wurde eine ‚Freihaltepauschale‘ eingeführt. Für jedes zusätzliche freie Bett wurden 560.-€ pro Bett und Tag über ein Sonderprogramm des Bundes gezahlt.

An der DRG-Systematik vorbei gab es jetzt nicht mehr Geld für Leistung, sondern Geld für Nichtleistung. Insgesamt flossen in der ersten Corona Welle 7,6 Mrd. Euro zusätzlich an die Krankenhäuser.

Die einheitliche Freihaltepauschale traf



auf eine unterschiedliche Kostenstruktur der einzelnen Krankenhäuser. Für Maximalversorger reichte das Geld nicht aus, sie schrieben Verluste. Kleinere Privatkliniken konnten mit der Pauschale sogar mehr Geld einnehmen als mit belegten Betten. Nach dem Abklingen der ersten Welle wurde die Pauschale wieder abgeschafft und der Stau bei den verschobenen Behandlungen sukzessive abgebaut. In der zweiten Welle war eine Neuauflage der Pauschalregelung zunächst nicht vorgesehen. Erst mit dem exponentiellen Wachstum der Infektionszahlen wurde die Freihaltungspauschale wieder eingeführt. Um Mitnahmeeffekte wie bei der ersten Welle zu vermeiden, wurde die Zahl der berechtigten Krankenhäuser auf die Hälfte reduziert.

Bei den Intensivbetten wiederholte sich das Prozedere: Verschiebung planbarer Operationen, Freihaltung von Intensivbetten. Die Personalsituation auf den Intensivstationen war schon vor Corona angespannt und es mussten Intensivbetten geschlossen werden. Um mehr Intensivbetten zu bekommen, wurde für jedes neu eingerichtete Bett eine Pauschale in Höhe von 50 000.-€ bezahlt. Damit stieg deren Zahl von 28 000 vor Corona auf über 40 000. Die Pauschale wurde auch dann bezahlt, wenn nicht genügend Personal für deren Betrieb vorhanden war. Weil dringend gehandelt werden musste, wurden diese Instrumente am DRG-System vorbei eingeführt. Trägerübergreifende Kooperation ist dem DRG-System fremd. Es herrscht Konkurrenz um lukrative Fälle. Die eigene Intensivstation soll ausgelastet sein, nicht die des Konkurrenten.

### DRG und Pflegenotstand

Bei der Bezahlung nach Fallpauschalen handelt dasjenige Krankenhaus rational, das seine Kosten pro Fall unter die für diesen Fall vorgesehene Geldsumme senkt. Höhere Fallkosten im einzelnen Krankenhaus erzeugt Defizite. Da bei der vorhandenen Kostenstruktur mehr als 60% der Kosten auf das Personal entfallen, gibt es bei den Sachkosten nur wenig Spielraum nach unten. Vorrangig muss beim Personal eingespart werden und am meisten wurde bei der Pflege abgebaut.

Bei stark steigenden Fallzahlen und zunehmender Fallschwere führte das zu mehr Pfl egetagen pro Pflegekraft und damit zu einer Arbeitsverdichtung. Dies bewirkt eine Spirale nach unten: Weniger Pflegekräfte - höhere Arbeitsbelastung - vergleichsweise schlechte Bezahlung -

Auseinanderklaffen von eigenen Ansprüchen und Wirklichkeit. All das beflügelt die Suche nach individuellen Lösungen. Flucht aus dem Beruf, Abwanderung ins Ausland, freiwillige Teilzeit, vorzeitiger Ruhestand rangierten vor kollektivem Handeln. Inzwischen wächst der Druck, über Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen zu kollektiven Vereinbarungen, Tarifverträgen und Gesetzen zu kommen. Die Politik hat mit einer Reihe von Einzelmaßnahmen reagiert und dabei tief in das bestehende Finanzierungssystem eingegriffen.

2018 wurden Pflegepersonaluntergrenzen (PpUGV) geschaffen, z.B. auch in der für Covid-Behandlungen wichtigen Intensivpflege.

Dann der Systembruch: 2019 werden mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) erstmals aus dem Gesundheitsfonds mehr Gelder für die Pflege zur Verfügung gestellt. Tarifsteigerungen, lineare und strukturellen Anhebungen, werden seitdem vollständig refinanziert. Dies gilt für die ‚Pflege am Bett‘, also für Pflegeleistungen mit direktem Patientenkontakt.

2020 wurde dann die Pflege ganz aus den Fallpauschalen herausgenommen. Die Pflegekosten werden aus den DRG's herausgerechnet, damit nimmt das über DRG's abgerechnete Budget es einzelnen Krankenhauses ab.

Die ‚Pflege am Bett‘ wird jetzt bedarfsgerecht und krankenhausindividuell nach dem Selbstkostendeckungsprinzip verhandelt und bei abgesenkten Rest-DRGs zusätzlich vergütet. Damit liegen 20% des Krankenhausbudgets außerhalb der Fallkosten. Seither existieren in den Krankenhäusern zwei Finanzierungssysteme nebeneinander.

Der Systemwechsel, der auf eine Besserstellung der Pflege zielt, hat auch bei anderen Berufsgruppen zu Begehrlichkeiten geführt. Der Marburger Bund will auch die Ärzte aus der DRG-Finanzierung herausnehmen.

Von den DRG Befürwortern wird die Herausnahme massiv kritisiert. Es werden Tätigkeitsverlagerungen aus den DRG Bereichen hin zur Pflege befürchtet.

Der Druck auf die restlichen DRG Bereiche würde zunehmen, da bei der Selbstkostendeckung keine Gewinne realisiert werden könnten.

Das doppelte Finanzierungssystem ist auf die Dauer nicht haltbar, der Druck auf eine Veränderung des Gesamtsystems wird zunehmen.

### Alternativen zu den DRG

Finanzielle Folgen von Corona, Pflegenotstand und Steuerungsdefizite haben zu einer Diskussion über veränderte Finanzierungen geführt. Dabei sind mehrere Dimensionen zu unterscheiden:

Eine Basisfinanzierung muss die Vorsorgekosten abdecken: Lagerhaltung von Schutz- und Ausrüstungen, Masken, Beatmungsgeräte, Intensivbetten und deren Ausrüstungen, Medikamentenreserven, Reserven für Notfallrettungen, außerdem Personalreserven für den Betrieb der Lager und für Notfallbehandlungen.

Dafür muss es zusätzliche Mittel geben. Um die Versorgung in der Fläche und im ländlichen Raum sicherzustellen, kann in eine Basisfinanzierung auch ein Sicherstellungszuschlag einfließen.

Die überfällige vollständige Investitionskostenfinanzierung durch die Länder muss kommen. Die Querfinanzierung der Investitionen aus den Betriebskosten muss beendet werden. Im Krankenhausfinanzierungsgesetz sind Sanktionen bei Nichteinhaltung vorzusehen.

Welches alternative System auch immer gewählt wird, ohne vollständige Finanzierung der Investitionen wird es nicht gehen.

Die Wiedereinführung der notwendigen und wirtschaftlich erbrachten Selbstkostendeckung muss kommen und ist billiger als das jetzige System. Jährlich würde dies ex post zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern neu verhandelt und angepasst. Um hier den Druck auf die Personalkosten zu nehmen, müssen parallel Personalbemessungssysteme, insbesondere für die Pflege, bestehen.

Bei der Selbstkostendeckung gibt es prinzipiell keine Gewinnmöglichkeiten. Abgerechnet werden können nur angefallene Kosten, nicht jedoch geplante Gewinne. Privater Kapitalanlage wäre der Boden entzogen.

Längerfristig brauchen wir grundlegendere Umorientierungen. Wegfall der Sektorengrenzen zwischen ambulant und stationär, ein sektorenübergreifendes Vergütungssystem, Abbau von Doppelstrukturen und regionale Gremien, die das Geld der Beitragszahler auf die Leistungsanbieter aufteilt. Und wir brauchen eine Bürgerversicherung, die die Krankenversicherung auf eine verlässliche und gerechte Finanzierungsgrundlage stellt. Der Gesetzgeber muss handeln. Das wären Reformen, die wirklich an den Bedarfen ansetzen und nicht wie jetzt ständig neue Teillösungen produzieren.

# Steine, Sand und Kies: Kinderarbeit, Klimakiller und Naturzerstörung

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist klar: Der Staat muss künftige Generationen vor dem Klimawandel schützen und darf Lasten nicht auf zukünftige Generationen verschieben. Grundlage hierfür ist das Vorsorgeprinzip des Staates laut Grundgesetz Artikel 20a. Selbstverständlich muss die Bindung des politischen Prozesses zu Gunsten ökologischer Belange mit Blick auf künftige Generationen auch für endliche Ressourcen gelten.

*Ein Beitrag von Beate Ehrmann*

Natursteine sind ein Milliardenengeschäft und in deutschen Baumärkten billig zu haben. Abgebaut und weiterverarbeitet werden sie vorwiegend in China und Indien. Über die Arbeitsbedingungen in chinesischen Steinbrüchen und Weiterverarbeitungsbetrieben wird in der NDR-Dokumentation „Die Reportage“ vom 07. März 2019 gesagt: „kaum Arbeitsschutz, wenig Geld für harte Arbeit“. Schlimmer allerdings ist es in Indien. 2017 hat die NGO „Stop Child Labour“ eine Studie durchgeführt und in indischen Steinbrüchen erhebliche Missstände aufgedeckt. Immer neuen Steinbrüchen fallen Äcker und Felder zum Opfer, die bisherigen Nutzer werden oft nicht entschädigt. Große Mängel gibt es bei der Arbeitssicherheit. Schuldknechtschaft vererbt sich von Generation zu Generation. In staubigen Weiterverarbeitungsanlagen direkt neben den Steinbrüchen sieht man fast nur Frauen und Kinder. Ohne Betreuungsmöglichkeit müssen die Frauen ihre Kinder oft schon im Säuglingsalter dorthin mitbringen. Noch im Kleinkindalter beginnen die Kinder Steine zu klopfen. Größere Kinder verrichten für sie viel zu schwere Arbeiten, statt zur Schule zu gehen. Die Unfallgefahr ist hoch. In Indien gelten 14- bis 18-jährige nicht als Kinderarbeiter.

Schauen wir in unseren Städten auf Straßen und Plätzen also genau hin, über welche Steine wir gehen und auch darauf, was in unseren Gärten und Terrassen verbaut wird. Wenn ein Luxusprodukt wie Naturstein billig zu haben ist, stimmt etwas nicht in der Lieferkette.

Das Lieferkettengesetz, im Koalitionsvertrag von 2018 vereinbart, wurde nach langem Streit im Juni 2021 im Bundestag verabschiedet, als ein von Industrieinteressen weichgespülter Minimalkonsens. In Kraft tritt es erst ab 2023 und betrifft nur etwa 0,1 Prozent der deutschen Betriebe.

Urteil auf Basis des Artikel 20a GG. Und die Rohstoffe Sand, Kies und Steine sind endlich.

Schätzungen zufolge baut die Menschheit jährlich mindestens doppelt so viel Sand ab, wie alle Flüsse der Welt nachliefern. Es verschwinden ganze Strände, der Meeresboden wird



*Kiesabbau [Foto: B. Ehrmann]*

Steinbrüche gibt es jedoch auch in Deutschland. Im Tagebau fressen sie sich immer weiter in die Landschaft. Natur, fruchtbare Äcker und Wiesen werden zerstört. Die Karbonatgesteine der Schwäbischen Alb und am südlichen Oberrhein weisen ein großes Potenzial für Rohstoffe für den Verkehrswegebau, für Baustoffe und als Betonzuschlag, sowie als Zementrohstoffe auf. Die Herstellung von einer Tonne Zement ist mit 600 kg CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden. Die globale Betonproduktion verursacht fast dreimal so viel CO<sub>2</sub>-Emission wie der weltweite Flugverkehr vor Corona. Die CO<sub>2</sub>-Uhr tickt, siehe oben angeführtes

Abgesaugt, mit negativen Folgen für die Ökosysteme weltweit. Ein Milliardengeschäft mit mafiösen Strukturen.

In Deutschland wurden 2020 in etwa 2.000 Sand- und Kiesgruben ca. 240 Millionen Tonnen Sand und Kies legal abgebaut, auch für den Export. Vom Niederrhein geht der Baurohstoff in die Niederlande. Aus Baden-Württemberg wird nach Österreich und in die Schweiz exportiert, die mit hohen Abgaben ihre eigenen Vorkommen und die Umwelt schützen. Hierzulande macht dieser durch Regionalpläne legalisierte Raubbau weder vor Landschaftsschutzgebieten, noch vor Na-

turschutzgebieten Halt. Davon betroffen sind die Sandbänke der Nordsee, das gesamte Rheintal und der Altdorfer Wald in Oberschwaben. Nicht nur die Naturschutzverbände lehnen Eingriffe zum Sand und Kiesabbau in Schutzgebieten grundsätzlich ab, auch die zukünftige Generation steigt auf die Bäume wie im Altdorfer Wald und zeigt damit deutlich: Der Flächenverbrauch durch die Vervielfachung von Kiesabbau muss gestoppt werden. Ein Weiterso auf Kosten der kommenden Generationen, der Natur und Umwelt darf es nicht geben. Es ist ein Verstoß gegen Artikel 20 a GG.

Eine Schlüsselrolle bei der Ressourcenverschwendung spielt die Bauindustrie. Bauen muss also anders gedacht werden. Es gibt Ansätze und Beispiele. Der Verein architects4future setzt sich für eine klimagerechte, nachhaltige und ökologische Bauweise ein. In ihrem Statement fordern sie unter anderem: Abriss kritisch zu hinterfragen, kreislaufgerecht zu konstruieren und „urbane Minen“ zu nutzen, verantwortungsbewusstes Planen, um biodiversen Lebensraum zu erhalten und zu schaffen.

#### Quellen:

[www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html)

SZ „Schmutziger Granit“ 22. August 2017

RNZ „Das traurige Geheimnis der Grabsteine“ 13. Mai 2021

[lgrbwissen.lgrb-bw.de/rohstoffgeologie/Rohstoffe-des-landes/Kalksteine-im-oberjura](http://lgrbwissen.lgrb-bw.de/rohstoffgeologie/Rohstoffe-des-landes/Kalksteine-im-oberjura)

[www.deutschlandfunk.de/sand-ein-nur-scheinbar-unendlicher-rohstoff.724.de.html?dram:article\\_id=460151](http://www.deutschlandfunk.de/sand-ein-nur-scheinbar-unendlicher-rohstoff.724.de.html?dram:article_id=460151)

[www.bund-bodensee-oberschwaben.net/fileadmin/Dokumente/PDFundTexte/LDV-Resolution\\_2021-04-21\\_final.pdf](http://www.bund-bodensee-oberschwaben.net/fileadmin/Dokumente/PDFundTexte/LDV-Resolution_2021-04-21_final.pdf)

[www.architects4future.de/statement](http://www.architects4future.de/statement)

# Langzeitarbeitslosigkeit – Bundesregierung scheitert an den eigenen Ansprüchen

Von *Jessica Tatti (MdB)*

Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, desto schwieriger ist es, wieder eine Arbeit zu bekommen. Daher ist eine wirksame Förderung von Langzeitarbeitslosen enorm wichtig. Die Bundesregierung wollte in dieser Legislatur 150.000 Langzeitarbeitslose durch neue Fördermöglichkeiten in Beschäftigung bringen. Für die beiden Maßnahmen „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ und „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ wurden den Jobcentern für den Zeitraum 2019 bis 2023 zusätzliche vier Milliarden Euro aus Bundesmitteln bereitgestellt. Wenn Arbeitgeber Langzeitarbeitslose einstellen, übernimmt das Jobcenter bei der „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ in den ersten beiden Jahren die vollen Lohnkosten, in den folgenden drei Jahren sinkt die Förderung dann schrittweise auf 70 Prozent.

Ihr selbst gesetztes Ziel hat die Bundesregierung deutlich verfehlt: Gerade mal 55.000 Personen wurden bislang gefördert. Angesichts der rapide steigenden Langzeitarbeitslosigkeit ist das ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stieg allein im März 2021 um über 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zudem ist problematisch, dass gerade Frauen, Menschen ohne Ausbildung oder mit Migrationshintergrund deutlich seltener gefördert werden. Benachteiligungen, die es auf dem Arbeitsmarkt gibt, setzen sich auch in den Maßnahmen nahtlos fort.

Die Bundesregierung darf sich auf diesem mageren Ergebnis nicht ausruhen. Alarmierend ist, dass gerade mal die Hälfte der bereitgestellten Mittel überhaupt für die Integration von Langzeitarbeitslosen ausgegeben wurden. Das ist inakzeptabel. Die Fördermittel müssen an ihren Verwendungszweck gebunden werden, damit das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird! Die Bundesregierung muss schleunigst handeln. Denn gerade nach Corona brauchen Langzeitarbeitslose dringend unsere Unterstützung.

**Weitere Informationen** zu meiner Kleinen Anfrage sind im Internet unter der **Drucksachenummer 19/29176** des Deutschen Bundestags zu finden.





## Links in Reutlingen

Links in Reutlingen bewegt sich eine stetig wachsende, facettenreiche Gruppierung aus Mandatsträgern, Wissenschaftlern, Fachleuten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in verschiedenen Gremien, Arbeitsgruppen und Initiativen. Ihre gemeinsamen Werte der Menschlichkeit, ihr Sinn für soziale Gerechtigkeit und ihr hoher Respekt gegenüber unseren natürlichen Ressourcen sind Grundlage für ihr lokalpolitisches Handeln. In diesem Sinne setzt sie sich für ein harmonisches Miteinander in einer offenen Gesellschaft, für eine gerechte Wirtschaft, die Mensch und Umwelt nicht aus den Augen verliert und für den Erhalt unserer demokratischen Grundwerte und des Friedens ein. Ein kleiner Einblick in unsere Strukturen:

### DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen

Der Landesverband DIE LINKE in Baden-Württemberg gliedert sich in Kreisverbände. Der Kreisverband Reutlingen umfasst das Gebiet innerhalb der Verwaltungsgrenzen des Landkreises und ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Aufgaben seines Gebietes, sofern durch die Bundes- oder Landessatzung keine andere Zuständigkeit bestimmt wird.

Der am 01.10.2018 von der Mitgliederversammlung gewählte Vorstand setzt sich zusammen aus dem geschäftsführenden Vorstand Petra Braun-Seitz und Rüdiger Weckmann, den Beisitzer\*innen Jessica Tatti, Sabine Ganowiak, Marc Gminder, Hans Schäfer, Günter Busch und der Kassiererin Maggy Herbig.

Die Sitzungen des Kreisvorstandes sind in der Regel mitgliederöffentlich.

### LINKE LISTE Reutlingen

Die LINKE LISTE wurde 2008 als Verein gegründet. Sie stellt die Kandidaten für die Wahl des Gemeinderats. Die LINKE LISTE steht auch denjenigen offen, die nicht Parteimitglied sind. Der Verein LINKE LISTE Reutlingen orientiert sich an den gleichen politischen Werten wie DIE LINKE.

### Bundestagsmandat

Seit der Bundestagswahl 2017 ist Jessica Tatti Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag. Sie ist Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ sowie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und war von 2014 bis 2017 Stadträtin in Reutlingen.

### Gemeinderat Stadt Reutlingen

Die LINKE LISTE Reutlingen ist im Gemeinderat durch Carola Rau (seit April 2018) und durch Rüdiger Weckmann (seit November 2017) vertreten.

### Kreistag

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag bilden Petra Braun-Seitz und Thomas Ziegler.

### Linker Arbeitskreis Kommunalpolitik (LAK)

Der LAK ist unser 14-tägiger kommunalpolitischer Arbeitskreis. Hier werden Themen diskutiert, die Stadt und Landkreis betreffen. Es entstehen Ideen für unsere Region und Lösungen für lokale Herausforderungen. Im LAK treffen und koordinieren sich fachspezifische Arbeitsgruppen, darüber hinaus wird die Arbeit der Mandatsträger unterstützt. Der LAK ist ein Ort für aktive politische Arbeit und offen für alle Interessierten.

### Treffen und Termine:

**Linker Arbeitskreis Kommunalpolitik (LAK)**  
Montags 14-tägig jeweils 19:00 Uhr im Büro Karlstraße 16 und als Videokonferenz

### Sommerstammtisch

In den Sommerferien wöchentlich mittwochs um 19:00 Uhr

Bekanntgabe der genauen Termine, Terminänderungen und weitere Veranstaltungen: [die-linke-reutlingen.de](http://die-linke-reutlingen.de) und [lili-rt.de](http://lili-rt.de)

Aufgrund der anhaltend unsicheren Corona bedingten Situation bitten wir die Informationen auf unserer Website zu beachten.

### Kontakte:

#### Stadträtin Carola Rau

E-Mail: [carolarau@web.de](mailto:carolarau@web.de)

#### Stadtrat Rüdiger Weckmann

E-Mail: [weckmann@kabelbw.de](mailto:weckmann@kabelbw.de)

#### Kreisrätin Petra Braun-Seitz

E-Mail: [p.braun-seitz@t-online.de](mailto:p.braun-seitz@t-online.de)

#### Kreisrat Thomas Ziegler

E-Mail: [ziegler.rae@gmx.de](mailto:ziegler.rae@gmx.de)

#### Jessica Tatti (MdB)

Wahlkreisbüro Reutlingen

E-Mail: [jessica.tatti.wk@bundestag.de](mailto:jessica.tatti.wk@bundestag.de)

Telefon: 07121 5509911



# DIE LINKE.

### IMPRESSUM

DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen  
Karlstraße 16, Eingang Mauerstr.

72764 Reutlingen

Telefon: 07121 8793039

Fax: 07121 8793038

E-Mail: [linke-buero@gmx.de](mailto:linke-buero@gmx.de)

[www.die-linke-reutlingen.de](http://www.die-linke-reutlingen.de)

[www.lili-rt.de](http://www.lili-rt.de)

V.i.S.d.P.: Rüdiger Weckmann

### Mitmachen...

Wir freuen uns über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter und über Neumitglieder. Komm uns einfach im LAK besuchen oder schreibe uns, wenn du Fragen hast.

[linke-buero@gmx.de](mailto:linke-buero@gmx.de)

[facebook.com/dielinkereutlingen](https://facebook.com/dielinkereutlingen)



# LINKE LISTE